



7. Oktober 2025

Schwerpunkte der PVER-Herbstsession 2025

Vom 28. September bis zum 3. Oktober fand in Strassburg die vierte Teilsession 2025 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER) statt. Die Herbstsession war geprägt von intensiven Debatten zu den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, der humanitären Katastrophe in Gaza sowie zur besorgniserregenden demokratischen Entwicklung in mehreren Mitgliedstaaten. Neben den Dringlichkeitsdebatten zu diesen Themen befasste sich die Versammlung unter anderem auch mit der Lage in der Türkei und in Serbien, schloss den Post-Monitoring-Dialog mit Bulgarien ab, diskutierte die Situation in Ungarn und beschloss die Einrichtung einer Plattform für den Dialog mit russischen demokratischen Kräften im Exil.

Themen

1. Schwerpunkte der Session | 2
2. Wortmeldungen von Mitgliedern der ERD | 5
3. Ansprachen vor der parlamentarischen Versammlung | 8
4. Wahl von Richterinnen und Richtern des EGMR | 8
5. Besondere Anlässe | 8

1. Schwerpunkte der Session

Debatten im Dringlichkeitsverfahren

Auf Einladung des Ministerkomitees gab die Versammlung im Rahmen einer Dringlichkeitsdebatte ihre Stellungnahme zum **Konventionsentwurf zur Einrichtung einer internationalen [Schadenskommission für die Ukraine](#)** ab. Die Kommission soll sicherstellen, dass Russland für sämtliche Schäden und Verluste infolge des Angriffskrieges Verantwortung trägt und damit die Arbeit internationaler Gerichte wie des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sowie des geplanten Sondertribunals zum Verbrechen der Aggression ergänzt. Die Versammlung begrüßte den Abschluss der Arbeiten an der Konvention, äusserte jedoch Bedauern, dass es keine klaren Regelungen zur Finanzierung gibt. Sie forderte die Mitgliedsstaaten auf, rasch einen internationalen Entschädigungsfonds einzurichten. Der Konventionsentwurf kann nach Ansicht der Versammlung nun baldmöglichst angenommen und zur Unterzeichnung eröffnet werden.

In einer aufwühlenden Dringlichkeitsdebatte rief die Parlamentarische Versammlung erneut zu einem sofortigen Ende der **[humanitären Katastrophe in Gaza](#)** auf und forderte einen dauerhaften und bedingungslosen Waffenstillstand. Sie verurteilte das gezielte Vorgehen gegen Zivilpersonen und die Zerstörung ziviler Infrastruktur als schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und betonte insbesondere, dass Journalistinnen und Journalisten zu schützen sind, damit sie ihre Arbeit sicher ausüben können. Die Mitglieder der Schweizer Delegation nahmen unterschiedlich dazu Stellung. Marianne Binder-Keller (Mitte, AG) kritisierte, dass der vorgelegte Bericht «hastig erstellt und einseitig» sei. «Wo ist die Verantwortung der Hamas für den andauernden Krieg?» Valérie Piller Carrard (SP, FR) wiederum hob die fundamentale Bedeutung der Pressefreiheit hervor: «Ohne freie und unabhängige Journalistinnen und Journalisten vor Ort wird die Zivilbevölkerung unsichtbar.» Sie erinnerte daran, dass der Zugang der Medien ein vom Völkerrecht geschütztes Recht ist und forderte sichere Arbeitsbedingungen für Medienschaffende in Gaza.



Ständerätin Marianne Binder-Keller während der Dringlichkeitsdebatte zum Nahen Osten
©Parlamentsdienste



Nationalrätin Valérie Piller Carrard während der Dringlichkeitsdebatte zum Nahen Osten
©Parlamentsdienste

Die Zunahme der **hybriden Angriffe Russlands auf europäische Länder** gab in der Versammlung Anlass zur Sorge. Vor dem Hintergrund der verstärkten Angriffe auf die Ukraine und des Eindringens von Drohnen und Militärflugzeugen in den Luftraum von Estland, Polen und Rumänien nahm die Parlamentarische Versammlung [eine Resolution](#) zu diesem Thema im Dringlichkeitsverfahren an.

Die Versammlung zeigte sich besorgt darüber, dass sich die **demokratische Lage in Georgien** seit ihrer Januarsession 2025 kontinuierlich verschlechtert hat. Damals hatte sie [eine Resolution](#) verabschiedet, mit der die Liste der georgischen Delegation angefochten worden war und die zum Austritt der Delegation aus der Versammlung geführt hatte. In einer neuen [Resolution](#), die im Rahmen der vierten Dringlichkeitsdebatte von der Monitoring-Kommission präsentiert wurde, hält die Versammlung fest, dass die politische und gesellschaftliche Lage in Georgien besorgniserregend ist und die Angriffe gegen die Opposition zugenommen haben. Das Land erlebe einen klaren demokratischen Rückschritt, der mit den Verpflichtungen als Mitglied des Europarates unvereinbar sei. Die Mitglieder der Versammlung bekräftigten ihre Bereitschaft zu einem offenen und konstruktiven Dialog, forderten die Organe des Europarates aber gleichzeitig auf, alles dafür zu tun, dass Georgien die Normen und Verpflichtungen der Organisation vollständig einhält.

Aktualitätsdebatten

Die erste Aktualitätsdebatte wurde zum Thema **Demokratie, Rechtsstaat und inklusiver Dialog in der Türkei** geführt. Stefan Schennach (Österreich, SOC), Mitberichterstatter der Monitoring-Kommission, beschrieb die Situation als «sehr besorgniserregend» und prangerte die Inhaftierung gewählter Bürgermeister grosser Städte wie Istanbul, Ankara oder Adana, politischer Verantwortlicher und Oppositioneller an. Er hob hervor, dass Persönlichkeiten wie Osman Kavala oder die ehemalige Führung der DEM-Partei trotz eindeutiger Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, in denen ihre Freilassung gefordert wird, weiterhin in Haft sind.

Die zweite Aktualitätsdebatte wurde zur **politischen Krise in Serbien** geführt. Victoria Tiblom (Schweden, ECPA), Mitberichterstatterin für das Monitoring, schilderte die Folgen des Einsturzes des Bahnhofs Novi Sad, bei dem 16 Menschen ums Leben gekommen waren, und die seither andauernden Massenproteste, vor allem von Studierenden. Neben Vorwürfen von Korruption, Polizeigewalt und Einschränkungen der Versammlungsfreiheit wurden auch Fälle von Einschüchterung, Misshandlung und politischer Verfolgung thematisiert. Mehrere Rednerinnen und Redner erinnerten daran, dass Serbien an einem Scheideweg steht: Reformen zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und unabhängiger Justiz seien unerlässlich, ebenso wie ein breiter, inklusiver Dialog zwischen Regierung, Opposition und Zivilgesellschaft. Die Proteste dauern an, verbunden mit der Forderung nach Neuwahlen. Gemeinsam mit ihrem neuen Mitberichterstatter Yunus Emre (Türkei, SOC) will Tiblom Serbien bald besuchen, um den seit 2012 ausstehenden Monitoring-Bericht abzuschliessen.

Weitere Themen

Debatte über die Einhaltung der Mitgliedschaftsverpflichtungen gegenüber dem Europarat durch Ungarn

Die Versammlung zeigte sich ernsthaft besorgt über den mangelnden Fortschritt Ungarns im Bereich Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit und sprach von einer «Verschlechterung der Lage in mehreren Bereichen». In einer Resolution kritisierte die Versammlung die Schwächung der Gewaltenteilung sowie die Instrumentalisierung verfassungsrechtlicher Normen zugunsten der Regierungspartei. Sie forderte die ungarischen Behörden auf, den seit Jahren geltenden Ausnahmezustand aufzuheben, der es der Regierung erlaubt, Gesetze per Dekret zu erlassen. Als Sprecher der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) betonte Damien Cottier (FDP, NE), dass die

Fortschritte im Justizbereich seien zwar zu begrüßen, jedoch bleibe die Aushöhlung von Pluralismus und die unzureichende Bekämpfung von Korruption besorgniserregend, «Ungarn muss seine Verpflichtungen gegenüber dem Europarat vollständig einhalten und darf sich nicht weiter von dessen Werten entfernen».



Nationalrat Damien Cottier hält ein Votum im Plenum
©Parlamentsdienste

Abschluss des Post-Monitoring-Dialogs mit Bulgarien

Die Versammlung hat den [Post-Monitoring-Dialog](#) mit Bulgarien beendet und wird die weitere Entwicklung künftig im Rahmen der periodischen Überprüfungen verfolgen. Sie würdigte, dass das Land nach Jahren politischer Instabilität mit sieben vorgezogenen Wahlen zwischen 2021 und 2024 wieder zu Stabilität gefunden hat und seit Januar 2025 eine Koalitionsregierung im Amt ist. Gleichzeitig kritisierte die Versammlung, dass die Reform der Justiz und der Staatsanwaltschaft nur teilweise umgesetzt und durch ein Urteil des Verfassungsgerichts gestoppt wurde. Weitere Bemühungen seien auch bei der Integration der Roma-Bevölkerung und der Umsetzung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte notwendig. Das [Monitoring-Verfahren](#) der Parlamentarischen Versammlung wurde 1997 eingerichtet, um die Einhaltung der Verpflichtungen aller Mitgliedstaaten gegenüber dem Europarat zu überprüfen. Es kennt drei Stufen: Vollmonitoring, wenn ein Staat wesentliche Verpflichtungen (noch) nicht erfüllt; Post-Monitoring-Dialog, wenn Fortschritte erzielt wurden, aber offene Fragen bleiben; sowie periodische Überprüfungen, wenn kein besonderes Verfahren erforderlich ist. Bulgarien unterstand bis 2000 dem Vollmonitoring, danach einem Post-Monitoring-Dialog – der nun nach 25 Jahren offiziell abgeschlossen wurde. Mitglieder der Schweizer Delegation, darunter Alfred Heer und Damien Cottier, begleiteten die Entwicklung Bulgariens über mehrere Wahlbeobachtungsmissionen, bei denen Heer auch mehrmals die Ad-hoc-Kommissionen präsidierte.

Plattform für den Dialog mit russischen demokratischen Kräften im Exil

Die Versammlung entschied, eine [Dialogplattform](#) mit russischen demokratischen Kräften im Exil einzurichten, nachdem sie dies bereits für die weissrussische demokratische Opposition beschlossen hatte. Teilnehmen sollen Persönlichkeiten von höchster moralischer Integrität, die die Werte des Europarates teilen, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine anerkennen und für einen demokratischen Wandel in Russland eintreten. Dank dieser Plattform sollen Anliegen dieser Kräfte in die Arbeit der Versammlung eingebracht und ihre Rolle bei der Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten gestärkt werden. [Marianne Binder-Keller](#) (Mitte, AG) betonte, es handle sich dabei nicht um eine gewöhnliche Opposition, die durch Wahlen Regierungsverantwortung übernehmen könne, sondern um eine Opposition in einer Diktatur, die Unterdrückung, Diskriminierung, Haft oder gar den Tod riskiere.

2. Wortmeldungen von Mitgliedern der ERD

In Russland inhaftierte ukrainische Journalistinnen und Journalisten

Die Parlamentarische Versammlung forderte die sofortige Freilassung aller ukrainischen Medienschaffenden, die unter haltlosen Vorwürfen in russischer Haft sitzen. In einer [Resolution](#) erinnerte sie daran, dass Journalistinnen und Journalisten im Konflikt als Zivilpersonen geschützt sind, und rief zu internationaler Strafverfolgung sowie zu verstärktem Schutz und zur Unterstützung für die ukrainische Medienlandschaft auf. Im Namen der Fraktion der Europäischen Volksparteien und Christ-Demokraten (EPP/CD) betonte [Marianne Binder-Keller](#) (Mitte, AG), dass ohne freie Medien keine Demokratie möglich sei, und verurteilte die Propaganda autoritärer Regime als Instrument zur Unterdrückung von Wahrheit und Kritik. Im Anschluss an die Debatte führte die Versammlung die neue, jährliche Gedenkveranstaltung «[Victory for Viktoria](#)» ein, benannt nach der im russischen Gewahrsam getöteten ukrainischen Journalistin Wiktorija Roschtschyna, um allen Medienschaffenden zu gedenken, die in Konflikten ihr Leben riskieren oder verlieren, und um die Bedeutung von Pressefreiheit und Medienunabhängigkeit zu unterstreichen.

Reisefreiheit für Mitglieder der PVER bei der Ausübung ihres Amtes

Mit einer Resolution zur [Reisefreiheit und ausgewogenen Mitwirkung](#) aller Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER) betont die Versammlung, dass alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihr Amt unabhängig, ohne administrative oder finanzielle Hürden, ausüben können müssen. Sie hält fest, dass in gewissen Ländern wiederkehrende Probleme beim Erhalt von Visa, Reise genehmigungen oder der Finanzierung der Delegationen zu Diskriminierungen geführt haben, von denen namentlich die Mitglieder der Opposition betroffen waren. Solche Einschränkungen verstießen gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung und hinderten die Versammlung in ihrer pluralistischen Arbeitsweise. Weder mit finanziellen noch mit politischen Erwägungen liessen sich solche Einschränkungen rechtfertigen. Die Mitgliedstaaten werden deshalb dazu aufgerufen, allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern Reisefreiheit zu gewähren und ihnen die Mitwirkung an den Arbeiten der Versammlung zu ermöglichen. In der Debatte ergriffen [Damien Cottier](#) (FDP, NE) im Namen der ALDE und [Hannes Germann](#) (SVP, SH) das Wort.



Sänderat Hannes Germann bei der Debatte um die Gewährleistung der Reisefreiheit von Mitgliedern der PVER © Parlamentsdienste

Sexuelle Gewalt gegen Männer und Jungen

Die PVER erinnerte daran, dass sexuelle Gewalt gegen Männer und Jungen eine Realität darstellt, die allzu oft ignoriert oder nicht gemeldet wird. Die Staaten werden dazu [aufgerufen](#), ihre rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen zu verbessern, um sexuelle Gewalt gegen Männer und Jungen zu verhindern und zu bekämpfen. [Damien Cottier](#) (FDP, NE) betonte, dass es wichtig ist, einen Bericht vorzulegen, der sich spezifisch mit der von dieser Gruppe erlittenen Gewalt befasst.

Recht auf Wohnraum und Förderung der universellen Gesundheitsversorgung

In der gemeinsamen, von der Kommission für soziale Fragen, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung geleiteten Debatte verabschiedete die Versammlung eine [Resolution](#) über das Recht auf Wohnraum, mit der die Staaten zur Verwirklichung dieses Rechts gemäss den internationalen Menschenrechtsgesetzen – namentlich der Europäischen Sozialcharta – aufgefordert werden. Mit der Resolution über die universelle Gesundheitsversorgung werden die Mitgliedstaaten und die Staaten mit Beobachterstatus dazu aufgefordert, die Ungleichheiten beim Zugang zur Gesundheitsversorgung zu verringern. Hier die nicht vorgetragene Stellungnahme von [Valérie Piller Carrard](#) (SP, FR). Die Schweiz hat die Sozialcharta bisher nicht ratifiziert.

Politisches Engagement junger Menschen für die Demokratie

Die Parlamentarische Versammlung diskutierte über die Notwendigkeit, das politische Engagement junger Menschen für die Demokratie zu fördern und zu schützen. Es herrscht grosse Besorgnis über das zunehmende Desinteresse der jüngeren Generationen in Europa an ihrem politischen System. Die Versammlung erinnerte daran, dass die neuen Generationen zugleich für die Verteidigung und für die Weiterentwicklung der Demokratie verantwortlich sind. Die Berichterstatlerin wies auch auf das Engagement der Jugend in verschiedenen Ländern hin und betonte, wie wichtig es ist, dieses Engagement zu fördern, anstatt es zu unterdrücken. [Marianne Binder-Keller](#) (Mitte, AG) hob hervor, wie verwundbar die Demokratien angesichts der alternden Bevölkerungen sind, und forderte Generationengerechtigkeit, damit die Stimme der Jugend politisch gehört werden kann. Andererseits betonte die Ständerätin, wie wichtig politische Bildung ist, um die Erneuerung der demokratischen Werte durch diese Jugend sicherzustellen.



Nationalrat Fabian Molina, neuestes Mitglied der Schweizer Delegation bei der PVER ©Parlamentsdienste

Demokratische Reformen in Kasachstan

Die Versammlung verabschiedete eine [Resolution](#), in der sie die seit 2019 in Kasachstan durchgeführten Verfassungs- und Gesetzesreformen, namentlich die Abschaffung der Todesstrafe im Jahr 2022, begrüsst. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier fordern darin aber auch, den politischen Pluralismus, die Unabhängigkeit der Justiz und die Medienfreiheit zu stärken sowie dafür zu sorgen, dass die Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen, insbesondere von jenen rund um die Ereignisse im Januar 2022, zur Rechenschaft gezogen werden. [Roland Rino Büchel](#) (SG, SVP) lobte die demokratischen Fortschritte des zentralasiatischen Landes. Er erinnerte daran, dass der Weg zur Demokratie lang und steinig ist, und zog Parallelen zum Weg der Schweiz.



Nationalrat Roland Rino Büchel bei der Debatte zu Kasachstan ©Parlamentsdienste

Fragestunde mit dem Generalsekretär des Europarates

In der Fragestunde [befragte Damien Cottier](#) (FDP, NE) den Generalsekretär des Europarates Alain Berset zu dessen Reise nach New York. Er wollte wissen, ob die Diskussionen am Sitz der Vereinten Nationen – trotz der aktuell schwierigen Weltlage – einen optimistischen Blick in die Zukunft ermöglichen hätten. Dabei kam er namentlich auf die Situation Gazas nach der Bekanntgabe des US-Friedensplans zu sprechen.



Sänderat Matthias Michel während der Fragestunde des Generalsekretärs des Europarates ©Parlamentsdienste

3. Ansprachen vor der parlamentarischen Versammlung

- [Myriam SPITERI DEBONO](#), Präsidentin von Malta
- [Nikol PASCHINJAN](#), Premierminister der Republik Armenien
- [Ian BORG](#), stellvertretender Premierminister von Malta und Präsident des Ministerkomitees
- Clifton GRIMA, maltesischer Minister für Bildung, Sport, Jugend, Forschung und Innovation (in der Debatte über die Jugend)
- Maulen ASCHIMBAJEW, Präsident des kasachischen Senats (in der Debatte über Kasachstan)

4. Wahl von Richterinnen und Richtern des EGMR

Es gab einen Versuch, die Verabschiedung des Tätigkeitsberichts des Büros und der Ständigen Kommission zu blockieren. Sir Christopher Chope (ECPA, Vereinigtes Königreich) forderte die Annullierung der Entscheidung für die Wahl der Richterinnen und Richter an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zuständige Kommission, welche die Liste Ungarns aus verfahrensrechtlichen Gründen abgelehnt hatte. Er verlangte, dass die drei Kandidierenden rasch angehört werden. Petra Bayr (SOC, Österreich) lehnte dies entschieden ab und betonte, der Entscheid sei mit grosser Mehrheit getroffen worden und es würde der Glaubwürdigkeit des Verfahrens schaden, wenn er rückgängig gemacht würde. Der [Bericht](#) wurde von der Versammlung schliesslich verabschiedet.

5. Besondere Anlässe

Im Rahmen der Teilsession haben folgende spezielle Anlässe stattgefunden.

Wahl der Generalsekretärin der PVER

Die Parlamentarische Versammlung bestätigte Despina Chatzivassiliou als **PVER-Generalsekretärin für eine zweite Amtszeit** von fünf Jahren ab dem 1. März 2026. Sie ist die erste Frau in diesem Amt und legte ab 2021 den Schwerpunkt auf eine effiziente Arbeitsweise der Versammlung, die Gleichstellung der Geschlechter und die Zusammenarbeit mit dem Ministerkomitee. In ihrer Rede dankte sie den Mitgliedern für deren parteiübergreifende Unterstützung und sicherte zu, die Werte des Europarates mit Leidenschaft zu verteidigen und sich für eine bessere Sichtbarkeit der PVER einzusetzen.



Die Generalsekretärin der Versammlung, Despina Chatzivassiliou, wurde für ein zweites Mandat wiedergewählt ©Conseil de l'Europe

Verleihung des Václav-Havel-Menschenrechtspreises

Der Václav-Havel-Preis 2025 wurde dem ukrainischen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten Maksym Butkewytsch verliehen. Er ist Mitbegründer des Menschenrechtszentrums Zmina und schloss sich zu Beginn der russischen Invasion freiwillig der Armee an, wurde später gefangen genommen, zu dreizehn Jahren Gefängnis verurteilt und dann im Rahmen eines Gefangenen austauschs im Oktober 2024 wieder freigelassen. Er widmete den Preis den ukrainischen Gefangenen und Medienschaffenden, die in autoritären Regimen in Haft sind, und betonte, dass die Ukraine in diesem Krieg nicht nur ihre territoriale Integrität, sondern auch die Grundwerte der Freiheit und Würde verteidigt.

Abschied von Alfred Heer

Die Versammlung gedachte Alfred «Fredi» Heer, dem kürzlich unerwartet verstorbenen Präsidenten der Schweizer Delegation. Zu Beginn der Session hielt der Präsident der Versammlung eine Schweigeminute und Generalsekretär Alain Berset würdigte Nationalrat Heers «unerschütterliches Engagement» sowie seinen prägenden Einfluss auf das politische Leben in der Schweiz und in Europa. Im Rahmen des traditionellen Arbeitssessens auf Einladung der von Botschafterin Muriel Berset-Kohen geleiteten Ständigen Vertretung der Schweiz fand zudem eine kleine Gedenkfeier statt. Dort wurden sein Werdegang und seine Verdienste durch seine Delegationskolleginnen und -kollegen hervorgehoben: Er war seit 2007 Mitglied des Nationalrates, seit 2011 in der PVER, zweimal Präsident der Schweizer Delegation und engagierte sich u. a. für die Ukraine, die Korruptionsbekämpfung sowie für die Wahl des ersten Schweizer Generalsekretärs des Europarates. Auch in den Kommissionen und Gruppen, in denen er aktiv war, wurde Alfred Heer gedacht. Lord Blencathra erinnerte beispielsweise an seine Rolle in der Parlamentarischen Allianz für freie und faire Wahlen: Alfred Heer hatte an über 20 Wahlbeobachtungsmissionen teilgenommen und zahlreiche als Präsident geleitet. Seine Authentizität, seine Entschlossenheit und sein Humor werden seinen Kolleginnen und Kollegen in lebendiger Erinnerung bleiben, so für [Roland Rino Büchel](#) (SVP, SG) oder auch den [Präsidenten](#) der Versammlung. Er hinterlässt eine grosse Lücke in der Schweizer Delegation und in der Parlamentarischen Versammlung.



Die Delegation verabschiedet sich von Nationalrat Alfred Heer ©Conseil de l'Europe

Besuchergruppen aus der Schweiz

Folgende drei Gruppen besuchten in diesem vierten Teil der Session den Europarat, konnten den Debatten der Parlamentarischen Versammlung beiwohnen und sich mit Mitgliedern der Schweizer Delegation bei der PVER unterhalten:

- Schülerinnen und Schüler des Freien Gymnasiums Zürich
- Schülerinnen und Schüler der Bündner Kantonsschule in Chur
- Mitglieder des politischen Clubs der Freisinnig-Liberalen RaLiRuz

Parlamentsdienste
Services du Parlement
Servizi del Parlamento
Servetschs dal parlament



ERD

Sekretariat der Delegation
CH-3003 Berne
erd.dce@parl.admin.ch
parl.ch

7. Oktober 2025